

SPD

Newsletter von Johann Saathoff, MdB mit Berichten aus Berlin und der Region

Norden, 29. Nov. 2013

www.johann-saathoff.de

Ausgabe 01 / 2013

Hein mitmannen!

Die ersten Sitzungen in Berlin liegen bereits hinter mir und auch im Wahlkreis habe ich die ersten Termine bereits gemacht, wie ihr auf den folgenden Seiten sehen könnt.

Meine Büros in Norden und Berlin sind auch bereits im Einsatz. Wie Ihr meine Büros erreichen könnt, seht Ihr auf der letzten Seite. Über meinen Newsletter möchte ich Euch regelmäßig über meine Arbeit im Wahlkreis und in Berlin informieren und hoffe, dass Euch die erste Ausgabe gefällt.

Die Koalitionsverhandlungen in Berlin sind abgeschlossen. Jetzt sind wir am Zug.

Ich bitte Euch alle, lest den Koalitionsvertrag und diskutiert mit. In den nächsten Tagen entscheiden allein die SPD-Mitglieder, wie es in den nächsten vier Jahren weitergeht.

In den vergangenen Wochen haben mir viele von Euch geschrieben und Ihre Sorgen über eine mögliche Beteiligung der SPD an einer Großen Koalition zum Ausdruck gebracht. Ich kann Eure Sorgen sehr gut verstehen, aber ich frage mich, welche Alternative haben wir, hat die SPD?

Eine Regierung mit der Linkspartei fällt nicht nur aus, weil wir vor der Wahl gesagt haben, wir machen es nicht, sie fällt auch aus, weil die Linkspartei, was bestimmte Beschlüsse angeht, auch gar nicht regieren will.

Die zweite Alternative wäre eine Minderheitenregierung, die aus meiner Sicht zwingend zu Neuwahlen führen würde. Auch das, liebe Genossinnen und Genossen, kann nicht gut für die SPD sein. Aber lasst uns statt über taktische Fragen über Inhalte sprechen. Die für uns wichtigen Schwerpunkte habe ich auf Seite 2 zusammengefasst.

Es grüßt Euch herzlich Euer

Johann Saathoff



Antrittsbesuch bei Oberbürgermeister Bernd Bornemann im Emder Rathaus.



Tag der offenen Tür in der Altenpflegeschule der Grone-Stiftung in Aurich.

Der Koalitionsvertrag ist fertig - jetzt stimmen WIR ab

Der Koalitionsvertrag ist fertig. Nun werden wir in den Ortsvereinen und auf den UB-Versammlungen in Marienhafte und Emden darüber diskutieren.

Die Diskussionen der vergangenen Wochen waren sehr intensiv. Ich bin froh, dass in unserer Partei so viel diskutiert und manchmal auch gestritten wird. So sieht eine lebendige Partei aus!

Alle, die sich noch nicht mit dem Koalitionsvertrag beschäftigt haben, möchte ich nun aufrufen, dies zu tun. Es geht um viel für die nächsten 4 Jahre.

■ Positive Aussichten für Ostfriesland

Ich bin der Meinung, unser Ostfriesland kommt in diesem Vertrag sehr gut weg. Für den Ausbau der Offshore-Windkraft bietet der Vertrag viel Potenzial. Es gibt zusätzliche KfW-Mittel und Planungssicherheit für die Unternehmen. Ostfriesland kann weiter führend sein bei der Energiewende.

■ Der Mindestlohn wird kommen

Viele unserer Kernforderungen stehen jetzt im Koalitionsvertrag. Vor allem kommt der Mindestlohn von 8,50 Euro für alle. Darüber hinaus sollen alle Branchen die Möglichkeit bekommen, über das Arbeitnehmerentsendegesetz höhere Löhne als 8,50 Euro festzusetzen.

■ Verbesserungen in der Leiharbeit

Die Überlassung von Arbeitnehmern an eine Leiharbeitsfirma wird auf 18 Monate begrenzt. Nach neun Monaten soll der Leiharbeiter die gleiche Bezahlung bekommen wie sein festangestellter Kollege.

■ Mehr Investitionen in Bildung und Forschung

Wir haben im Wahlkampf auch mehr Investitionen für Bildung und Infrastrukturprojekte und eine Entlastung der Kommunen gefordert. Auch hier konnten wir einige Erfolge erzielen. Länder und Kommunen werden für den Ausbau von Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen um 6 Mrd. Euro entlastet. Darüber hinaus gibt es weitere Entlastungen der Kommunen: ab 2014 1,1 Mrd. Euro für die Grundsicherung im Alter, 5 Mrd. für das Bundesteilhabegesetz (Eingliederungshilfe) und zusätzlich eine weitere Milliarde Euro pro Jahr.

Auch für andere Bereiche gibt es mehr Geld. Für Hochschulen und Bildung fünf Milliarden Euro, für Forschung und Entwicklung drei Milliarden und für die Verkehrsinfrastruktur fünf Milliarden Euro.

■ ...und vieles mehr

Die **doppelte Staatsbürgerschaft** kann bleiben. Die Optionspflicht bis zum 23. Lebensjahr entfällt.

Die von uns geforderte abschlagfreie **Rente mit 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren** kommt ebenfalls, und die Erwerbsminderungsrente wird verbessert.

Das sind natürlich nur wenige Punkte des Koalitionsvertrages. Lest ihn Euch durch, und dann lasst uns darüber sprechen. Ich freu mich darauf.



Den Koalitionsvertrag und Informationen zum Mitgliedervotum gibt es hier:

www.spd.de/mitgliedervotum/



Die Parteichefs von CDU, CSU und SPD unterzeichnen in Berlin den Koalitionsvertrag.

Ein guter Tag für die VW-Belegschaft

Das VW-Gesetz muss nicht geändert werden. Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, Deutschland ist seinen Verpflichtungen aus einem vorherigen Urteil der Luxemburger Richter aus dem Jahr 2007 nachgekommen. Die Europäische Kommission hatte dagegen eine weitere Reform verlangt und Strafzahlungen von mindestens 68 Millionen Euro beantragt.

Ich finde es positiv, dass die Sperrminorität bei VW erhalten bleibt. Diese Klausel hat VW in der Vergangenheit vor feindlichen Übernahmen geschützt. Die Entscheidung sichert das Unternehmenswohl, die Fabriken und die Arbeitsplätze.

Vor dem EuGH ging es um die Grundsatzfrage, welche Rolle öffentliche Interessen in der Geschäftspolitik eines Konzerns wie VW spielen sollen. Meiner Ansicht nach



Neue Wege gehen und direkt mit den Menschen in meinem Wahlkreis ins Gespräch kommen. Das wollte ich während meines Wahlkampfes in diesem Sommer. Eine der ersten Stationen führte mich deshalb in Halle 2 des Volkswagenwerkes in Emden.

wäre es auch für die Beschäftigten in anderen Betrieben vorteilhaft, wenn sie ähnliche Regelungen, wie die bei VW, hätten – vor allem in Bezug auf die erweiterte Mitbestimmung.

Dass der Europäische Gerichtshof das VW-Gesetz in seiner jetzigen Fassung bestätigt hat, ist für mich ein positives Zeichen hinsichtlich der Mitbestimmung und eine deutlich Absage an diejenigen, die die Mitbestimmung auf ein niedriges Niveau drücken möchten.

Deutschland darf nun an der Vorschrift festhalten, dass beim Autobauer bereits eine Minderheit von 20 Prozent der Aktionäre wichtige Entscheidungen verhindern kann.

Dies entspricht ungefähr dem Anteil, den das Land Niedersachsen an dem Konzern hält.

Erster Antrittsbesuch in Aurich

Meinen ersten Antrittsbesuch im Wahlkreis nach meiner Wahl zum Bundestagsabgeordneten führte mich zum Bürgermeister der Stadt Aurich, Heinz-Werner Windhorst.

Bürgermeister Windhorst brachte mir die Glückwünsche des kompletten Verwaltungsvorstandes entgegen. Wir hatten bereits zu meiner Zeit als Bürgermeister der Gemeinde Krummhörn sehr gut zusammengearbeitet. Dies solle auch nach meiner Wahl in den Deutschen Bundestags so bleiben, darüber waren wir uns sofort einig.

Thematisiert wurde beim Gespräch unter anderem die derzeitige wirtschaftliche Lage der Stadt Aurich. Natürlich habt man mit Enercon eine für die Stadt sehr wichtig Firma, aber in Aurich gebe es auch viele andere wichtige Wirtschafts- und Industriebetriebe, sagte Bürgermeister Windhorst.

Im Hinblick auf die neue Bundesregierung sei es wichtig, dass viele hiesige Firmen, darunter natürlich auch Enercon, Planungssicherheit hätten, was das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) angehe. Diese Thematik ist derzeit besonders aktuell, da die EEG-Umlage gerade kürzlich wieder erhöht werden musste. Die Akzeptanz der erneuerbaren Energien hängt auch damit zusammen, dass die Verbraucher die Energie auch noch bezahlen können. Die derzeitige Diskussion würde allerdings unfair zulasten der

erneuerbaren Energie geführt.

Weiteres Thema war die erforderliche Verbesserung der Verkehrsanbindung Aurichs mit der Bahnanbindung und der geplanten B210n. Außerdem sprachen wir über die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung.

Beim Abschied waren wir uns beide darüber einig, dass wir in einem regelmäßigen Dialog bleiben wollen - damit man gemeinsam die Stadt Aurich und die ganze Region voranbringen kann.



Auf eine Tasse Tee mit dem Bürgermeister der Stadt Aurich - der gute Dialog soll fortgesetzt werden

Erste Sitzung des Bundetages

Am 22. Oktober begann die offizielle Legislaturperiode



Gruppenbild mit Dame - die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Edelgard Bulmahn, umringt von Markus Paschke (WK Unterems.) und mir.

Mit der ersten Sitzung des Deutschen Bundestages am Dienstag, 22. Oktober 2013, begann auch für meinen neuen Bundestagskollegen Markus Paschke aus dem Wahlkreis Unterems und mir offiziell die 18. Legislaturperiode.

Die Wahl des Bundestagspräsidenten und die seiner Stellvertreter standen für die neu gewählten Abgeordneten am Beginn ihres ersten Parlamentstages.

Nachdem die Parlamentarier den CDU-Politiker Norbert Lammert mit 95 Prozent der Stimmen als Bundestagspräsident bestätigt hatten, wählten die Abgeordneten sechs Vizepräsidenten. Aus der SPD-Bundestagsfraktion standen die früheren Bundesministerinnen Edelgard Bulmahn und Ulla Schmidt zur Wahl. Das beste Ergebnis erzielte Bulmahn, die 534 Stimmen erhielt. Auf Ulla Schmidt entfielen 520 Stimmen. Im neuen Bundestag sitzen 631 Abgeordnete.

Die neue SPD-Landesgruppe Niedersachsen-Bremen



Die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Niedersachsen und Bremen organisieren sich in der Landesgruppe Niedersachsen-Bremen, um gemeinsame Interessen in der Bundespolitik zu vertreten. Die Landesgruppe ist Ansprechpartner für niedersächsische und bremische Verbände, Gewerkschaften und Kammern.



Homepage der Landesgruppe

www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de/

So erreicht Ihr mich in Berlin und im Wahlkreis:

Wahlkreisbüro Norden

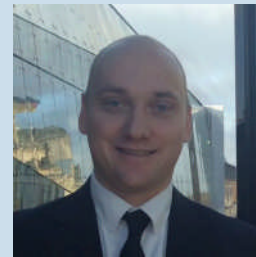
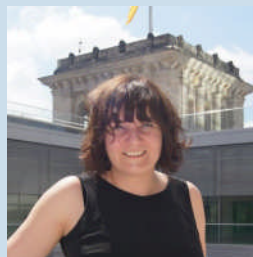


In Norden kümmert sich **Sabine Zimmermann** um die Terminkoordinierung für alle Termine im Wahlkreis, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und steht Euch für Anfragen aller Art zur Verfügung.

Kontakt:

Wahlkreisbüro Johann Saathoff, MdB
Burggraben 46, 26506 Norden
Tel: 04931 - 4417
Fax: 04931- 930 16 73
bueoro@johann-saathoff.de

Büro Berlin



In Berlin kümmern sich **Kornelia Urban** (li) und **Torsten Stein** (re) um die Terminkoordinierung während der Sitzungswochen und alle Anfragen und Aufgaben, die in Berlin anfallen.

Kontakt:

Johann Saathoff, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 - 227 73 155
Fax: 030 - 227 - 70 155
johann.saathoff@bundestag.de

Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr mich ebenfalls auf meiner Homepage besuchen würdet. Aktuelle Informationen gibt es unter www.johann-saathoff.de.



„Europa ist eine wunderbare, einmalige Idee. Über die Jahre ist die Idee immer intensiver verwaltet worden. Nun haben die Menschen in Europa den Eindruck, die Verwaltung sei die Idee. Dem gilt es entgegenzutreten.“

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz



Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-73155/-70155
johann.saathoff@bundestag.de | www.johann-saathoff.de

Redaktion

Sabine Zimmermann, Kornelia Urban, Torsten Stein